

N i e d e r s c h r i f t S c h B A / V I I / 1 2

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 04.06.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa

Haßler, Christa

Hemker, Leo

Isfort, Mechthild

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Mensing, Hartwig

Schenk, Klaus

als Vertreter für Ralf Steindorf

Weber, Winfried

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Enting, Hans-Jürgen

Rektor

Hahn, Andrea

Konrektorin

Kahlert, Alexander

Rektor

Müller, Josef-Karl

Rektor

Remke, Carsten

Pfarrer

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Fuchs, Maria

Schriftführerin

Als vortragender Gast zu TOP 2 ö.S.

Bieber, Tilman

Planungsbüro komplian

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Steindorf, Ralf

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung begrüßte Ausschussvorsitzender Kuhl auf dem Schulhof der Sebastian-Grundschule die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreterin der Presse. Anschließend stellte Konrektorin Hahn das Konzept der Schulhofneugestaltung vor. Den Ausschussmitgliedern wurde vor Ort erläutert, welche Änderungen bzw. Neuanschaffungen vorgesehen sind.

Es sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Installation einer Kletterwand an der Stirnseite der Turnhalle
- Pflanzung einer Hecke zur Schulhofbegrenzung
- Entfernung der nichtgenutzten Tischtennisplatten, dadurch Schaffung einer freien Fläche zum Fußballspielen, Tore werden auf der Turnhallenwand aufgemalt
- Erneuerung des Basketballkorbes
- Ausbesserung der Hecke vor den ehemaligen Lehrerdienstwohnungen (jetzt OGS)
- Installation eines Sitzkreises sowie eines Balancierbalkens vor den ehemaligen Lehrerdienstwohnungen (jetzt OGS)
- Aufstellung einer Sechseckschaukel

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kuhl, eröffnete um 19.00 Uhr im Sitzungssaal die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Bieber vom Planungsbüro komplan, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 26.05.2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Zeitraum 2008- 2012; hier: Überlegungen zur Errichtung einer gemeinsamen Verbundschule (Schulformen Hauptschule und Realschule) in Trägerschaft der Gemeinden Rosendahl und Legden Vorlage: VII/681

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage und begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Tilman Bieber vom Planungsbüro komplan.

Bürgermeister Niehues merkte an, dass sich hier eine große Chance für Rosendahl biete, eventuell ein Realschul-Angebot vor Ort zu etablieren. Er habe in dieser An-

gelegenheit in den vergangenen Wochen viele Gespräche geführt. Aus allen Gesprächen habe er mitgenommen, dass sämtliche Überlegungen behutsam angegangen werden müssten. Der Rückhalt der Politik müsse vorhanden sein. So seien z.B. in Horstmar und Schöppingen sämtliche Schulausschuss- und Ratsbeschlüsse einstimmig gefasst worden. Er appellierte an die Politik, das gemeinsame Ziel im Auge zu behalten und nach außen hin Einvernehmen zu signalisieren. In der November-Sitzung sei die Verwaltung durch den Schul- und Bildungsausschuss beauftragt worden nach Möglichkeiten zu suchen, damit zukünftig möglichst viele Schüler der Sekundarstufe I in Rosendahl beschult werden können. Sämtliche Überlegungen seien nur durchführbar, wenn es gelinge, die Eltern zu überzeugen. Hierfür sei ein langer Atem erforderlich. Heute gehe es aber zunächst einmal darum, die Erstellung einer Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Das Ergebnis werde dann in der nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses, die voraussichtlich am 20. August stattfinden werde, vorgestellt werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl unterstützte die Ausführungen von Bürgermeister Niehues. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, zu diesem Thema keine parteipolitischen Streitereien anzufangen. Es täten sich heute im Bereich der Schulpolitik Möglichkeiten auf, die es vor einigen Jahren noch nicht gegeben habe.

Herr Bieber vom Planungsbüro komplian stellte sich anschließend den Ausschussmitgliedern vor. Aufgrund diverser Gespräche mit der Verwaltung und nach Durchsicht des Entwurfes des Schulentwicklungsplanes sehe auch er für die Einrichtung einer Verbundschule in Rosendahl eine Chance, die in dieser Form in nächster Zeit nicht wiederkommen werde. Rosendahl befinde sich momentan in dem Dilemma, dass die Schulform Hauptschule in eine Minderheitenposition geraten sei. Die Anmeldezahlen früherer Jahre sprächen hier eine deutliche Sprache. So habe die Übergangsquote in 2003 noch 38 % betragen. Im vergangenen Jahr hätten dagegen nur noch gerade 20 % der Entlassschüler der Grundschulen zur Hauptschule gewechselt. Die Übergangsquote zur Hauptschule habe sich somit in nur fünf Jahren fast halbiert. Gewinner sei eindeutig die Schulform Realschule. Im Jahre 2003 habe die Übergangsquote zur Realschule noch bei 31 % gelegen und sei bis zum letzten Jahr auf 44 % angestiegen. Die Übergangsquote zum Gymnasium sei weitgehend konstant geblieben. Der Trend sei unübersehbar. Er gehe von der Hauptschule weg zu anderen Schulformen, insbesondere zur Realschule. Mit dieser Entwicklung stehe Rosendahl jedoch nicht alleine dar. Die Droste-Hülshoff-Hauptschule drohe mittelfristig in die Einzügigkeit zu geraten. So habe bereits im laufenden Schuljahr nur eine Eingangsklasse gebildet werden können. Nach den Prognosen im Schulentwicklungsplan werde dies in den kommenden Jahren der Regelfall sein. Herr Bieber verwies anschließend auf das Schulgesetz NRW (SchulG). Hier sei im § 83 die Möglichkeit eröffnet worden, Schulen der Sekundarstufe I organisatorisch zusammenzuführen. Nach § 83 SchulG könne der Schulträger ausnahmsweise eine bestehende Hauptschule um einen Realschulzweig erweitern, wenn es in seinem Gebiet eine Schule dieser Schulform nicht gebe. Die Droste-Hülshoff-Hauptschule könne somit nach § 83 SchulG um einen Realschulzweig erweitert werden. Voraussetzung sei aber, dass zum einen dieser organisatorische Zusammenschluss in der Summe eine gesicherte Dreizügigkeit aufweise und zum anderen dadurch keine bestehende Schule in ihrem Bestand gefährdet werde. Gefährdet sein könne ggf. die Realschule in Billerbeck. Hier müsse objektiv geprüft werden, ob diese tatsächlich in ihrem Bestand gefährdet sei. Eventuell könne man aber auch Lösungen finden, ohne der Realschule Billerbeck die Darfelder Schüler wegzunehmen. Er sei aber der Auffassung, dass Rosendahl auf jeden Fall den Versuch unternehmen müsse, eine Verbundschule zu errichten. Das Ergebnis könnte sein, dass zukünftig bis zu 70 % der Rosendahler Schüler in der Sekundarstufe I vor Ort beschult werden könnten.

Herr Bieber verwies auf den derzeitigen Entscheidungsprozess in der Gemeinde Heek. Hier habe der Schulausschuss und anschließend der Rat vor zwei Wochen

einstimmig festgestellt, dass die Voraussetzungen für die Beantragung der Errichtung einer Verbundschule gegeben seien. Heek habe sich nunmehr auf den Weg gemacht. Die Errichtung einer Verbundschule könnte auch für die Gemeinde Rosendahl eine interessante Lösung sein. Er könne sich aber für Rosendahl auch eine gemeinsame Lösung mit Legden vorstellen. Wie diese konkret aussehen könnte, könne er heute noch nicht sagen. Er könne die Prüfergebnisse aber nach den Sommerferien vorstellen.

Es sei verwaltungsseitig bisher vorgesehen, dass Herr Bieber die Möglichkeiten zur Errichtung einer Verbundschule untersuchen solle, so Ausschussmitglied Haßler. Die CDU-Fraktion habe überlegt, dass die Untersuchung dahingehend erweitert werden solle, dass auch die mögliche Einrichtung einer Gesamtschule überprüft werden solle. Im Interesse der Kinder und der Eltern sollten alle Facetten untersucht werden. Sie erinnerte daran, dass in alle Überlegungen das Kollegium der Hauptschule mit einbezogen werden solle.

Bürgermeister Niehues stimmte Frau Haßler hinsichtlich der Einbeziehung des Lehrerkollegiums zu. Heute gehe es jedoch zunächst darum, den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie zu erteilen. Hierbei solle das Ziel im Auge behalten werden, möglichst viele Schüler vor Ort zu beschulen.

Fraktionsvorsitzender Mensing begrüßte den CDU-Vorschlag, auch die Einrichtung einer Gesamtschule mit zu untersuchen. Die WIR-Fraktion werde diesen Vorschlag unterstützen.

Der CDU-Vorschlag finde die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollten jedoch bis zu 100 % der Rosendahler Schüler vor Ort beschult werden, damit die Gemeinde attraktiv bleibe.

Auch die Fraktion der Grünen sei selbstverständlich dafür, möglichst viele Schüler in Rosendahl zu beschulen, so Fraktionsvorsitzender Weber. Die Formulierung des Beschlussvorschlages sei ergebnisoffen, so solle auch das Ergebnis der Untersuchung sein.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt wies darauf hin, dass die Ablehnerquote an den Gesamtschulen mittlerweile bei 50 % liege. Hier bestehe auch die Möglichkeit, dass bei einer Gesamtschule auch Kinder aus umliegenden Gemeinden nach Rosendahl geholt werden könnten.

Ausschussmitglied Haßler wollte von Rektor Enting wissen, wie es derzeit mit der Versorgungsquote der Entlassschüler an der Hauptschule mit Ausbildungsstellen aussehe.

Rektor Enting erläuterte, dass es derzeit so aussehe, dass etwas über 50 % der Entlassschüler eine Ausbildungsstelle sicher hätten. Die verbleibenden Schüler würden weiter eine Schule besuchen. Ca. 20 % des Abschlussjahrganges hätten sich am Berufskolleg angemeldet mit dem Ziel, dort die Fachoberschulreife zu erlangen. 9 Schüler, die den Hauptschulabschluss Typ B erreicht hätten, würden zukünftig die höhere Handelsschule besuchen. Es sei kein Schüler unversorgt, jeder habe eine Perspektive.

Herr Bieber wies bezugnehmend auf die Ausführungen vom Fraktionsvorsitzenden Weber darauf hin, dass er immer ergebnisoffen arbeite. Er habe jedoch noch eine Frage zum Stichwort Gesamtschule. Definitionsgemäß umfasse die Gesamtschule sowohl die Sekundarstufe I als auch die Sekundarstufe II. Es gebe in der Regel keine Gesamtschule ohne die Sekundarstufe II. Er wäre

sich hinsichtlich des Untersuchungsauftrages gerne darüber im Klaren, ob er Untersuchungen zu einer Gesamtschule anstellen solle, die nur die Sekundarstufe I vorhalte, oder ob die Ausschussmitglieder die klassische Gesamtschule meinen würden.

Fraktionsvorsitzender Mensing erläuterte, dass die WIR-Fraktion die mögliche Errichtung einer Gemeinschaftsschule geprüft haben wolle, somit nur die Sekundarstufe I.

Herr Bieber wies darauf hin, dass es im Schulgesetz keine Gemeinschaftsschule gebe. Der diesbezügliche Antrag der Gemeinden Schöppingen und Horstmar sei abgelehnt worden. Einen Untersuchungsauftrag ‚Gemeinschaftsschule‘ könne er guten Gewissens nicht annehmen, da es für eine Genehmigung keine Richtlinien gebe.

Hinsichtlich des Einwandes des Fraktionsvorsitzenden Mensing, dass auch andere Kommunen die Errichtung einer Gemeinschaftsschule prüfen würden, z.B. Ascheberg, wies Herr Bieber darauf hin, dass der Gemeinde Ascheberg durch den Staatssekretär bereits signalisiert worden sei, dass dies so nicht funktioniere. Ihm sei am liebsten ein Untersuchungsauftrag, der mit dem Schulgesetz vereinbar sei. Wenn der Ausschuss jedoch einen Präzedenzfall wolle, so müssten sich die Politiker aber darüber im Klaren sein, dass dies voraussichtlich so nicht möglich sei.

Ausschussmitglied Haßler sprach sich anschließend dafür aus, in die Untersuchungen die Sekundarstufe II mit einzubeziehen.

Fraktionsvorsitzender Weber vertrat die Auffassung, dass das Ergebnis der Prüfung offen sein solle, es sollten alle Möglichkeiten untersucht werden.

Auf die entsprechende Frage des Fraktionsvorsitzenden Weber antwortete Herr Bieber, dass er die Ergebnisse der Prüfung im Schul- und Bildungsausschuss Mitte August vorstellen könne. Sein Kollege werde in den nächsten Wochen das Hauptschulgebäude bezüglich des Raumangebotes untersuchen. Er könne somit in der Sitzung auch darüber Auskunft geben, ob das Schulgebäude ausreichend sei bzw. in welchem Umfang es erweitert werden müsse.

Auf die Frage des Fraktionsvorsitzenden Weber, wie viel Zeit man für den Umsetzungsprozess einkalkulieren müsse, antwortete Herr Bieber, dass in Heek der Antrag auf den Weg gebracht worden sei mit der Zielsetzung, dass die Verbundschule im übernächsten Schuljahr (somit zum Schuljahr 2009/2010) eingerichtet werde. Diese Zielsetzung sei sehr ambitioniert, wenn man bedenke, dass die Anmeldungen durch die Erziehungsberechtigten bereits kurz nach den Weihnachtsferien vorgenommen werden müssten. Da er heute noch nicht wisse, zu welchem Ergebnis er bei seiner Studie für die Gemeinde Rosendahl kommen werde, könne er heute noch nicht sagen, zu welchem Schuljahr die neue Schulform in Rosendahl realistischerweise eingerichtet werden könne, zeitlich gesehen jedoch spätestens zum Schuljahr 2010/2011.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt regte an, eventuell auch eine Verbundschule mit einer Dependence eines bestehenden Gymnasiums aus einer anderen Kommune einzurichten.

Herr Bieber bat darum, im Auftragsschreiben deutlich zu formulieren, welche Erwartungen mit dem Auftrag verbunden werden, damit nicht später Erwartung und Ergebnis auseinanderklaffen. Er schlug vor, dass der Auftrag an ihn so lauten könne, dass er Versorgungsmodelle für Rosendahl sowohl für die Sekundarstufe I als auch für die Sekundarstufe II untersuchen solle. Er wies darauf hin, dass sich in diesem

Falle aber die Angebotssumme erhöhen würde um 1.000 €, da er die Untersuchung der Sekundarstufe II bislang nicht einkalkuliert habe.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte klar, dass die Gemeinde Legden auch für den Fall der Einrichtung einer Gesamtschule einbezogen werden solle. Die Studie solle auf jeden Fall im Verbund mit der Gemeinde Legden erstellt werden.

Der Schul- und Bildungsausschuss fassten abschließend folgenden geänderten **Beschluss**:

Das Planungsbüro Komplan wird auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage Nr. VII/681 beigefügten und in der Sitzung mündlich ergänzten Angebotes beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für Versorgungsmodelle der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (Verbundschule, Gesamtschule und ggf. weitere Modelle) zu einem Pauschalpreis von 3.400 € zuzüglich Mehrwertsteuer zu erstellen und das Ergebnis in der nächsten Schulausschusssitzung im August vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Neugestaltung des Schulhofes der Sebastian-Grundschule Osterwick Vorlage: VII/673

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage und die im Vorfeld der Sitzung stattgefundenene Schulhofbegehung.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläuterte Konrektorin Hahn anschließend nochmals die für die Neugestaltung des Schulhofes geplanten Maßnahmen und teilte den Ausschussmitgliedern die ermittelten Gesamtkosten mit. Für die Spielgeräte entstehen hiernach Gesamtkosten in Höhe von 6.000,00 €, der Förderverein übernimmt hiervon die Kosten für die Kletterwand in Höhe von 1.000,00 €. Sie wies darauf hin, dass das Konzept von einer extra hierfür eingerichteten Steuerungsgruppe unter Einbeziehung des Fördervereins erstellt und durch die Schulkonferenz beschlossen worden sei.

Hinweis: Das Konzept einschließlich der Kostenkalkulation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt regte aus eigener Erfahrung heraus an, die geplante Anbringung eines neuen Basketballkorbes nochmals zu überdenken und stattdessen eine Anlage mit Basketballkörben in unterschiedlicher Höhe aufzustellen, die auch von jüngeren Grundschulkindern genutzt werden könnten. Hierfür werde jedoch eine entsprechende Freifläche benötigt. Er begrüßte, dass im Bereich des Sitzkreises die Löcher in der Hecke geschlossen werden sollen, da es zunehmend Kinder gebe, die in den Pausen Rückzugsmöglichkeiten benötigen würden. Die Kosten für die Anschaffung der Sechseckschaukel seien zu teuer. An seiner Schule habe man seinerzeit eine Tarzanschaukel angeschafft, diese Anschaffung sei günstiger.

Konrektorin Hahn entgegnete, dass die Anschaffung der Sechseckschaukel gut überlegt und abgewogen worden sei. Für die Anschaffung spreche insbesondere, dass diese von 12 Kindern gleichzeitig genutzt werden könne. Die Anregung mit der Korbballanlage nehme sie jedoch gerne auf.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schenk erläuterte Konrektorin Hahn, dass die Kosten für den Sand und die Heckenbepflanzung dem Etat Gebäudeunterhaltung entnommen werden sollen. Auch würden Eltern und Förderverein mithelfen, um die Kosten in Grenzen zu halten. Das Konzept wurde von vielen gemeinsam entwickelt und ruhe daher auf vielen Schultern.

Bürgermeister Niehues regte an, dass für die fehlenden Mittel eventuell auch Sponsoren gefunden werden könnten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass im Haushalt im Bereich der Gebäudeunterhaltung ein gewisser Betrag für die Unterhaltung der Sebastian-Grundschule veranschlagt sei. Er regte an, das Engagement des Fördervereins und der Schule zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Weber sprach sich dafür aus, die Schulhofumgestaltung zu unterstützen. Er sei jedoch überrascht, dass es möglich sei, für 800,00 € den Sitzkreis und den Balancierbalken zu erstellen.

Konrektorin Hahn teilte ihm mit, dass es sich hierbei um eine Holzkonstruktion aus Erle handele, die von einem örtlichen Unternehmer erstellt werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing monierte, dass man aus der Sitzungsvorlage nicht die Gesamtkosten ersehen könne. Er sprach sich aber dafür aus, dem Konzept wie vorgesehen zuzustimmen.

Ausschussmitglied Schenk wies darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Schul- und Bildungsausschusses sei, über Einzeldetails zu sprechen. Der Ausschuss solle dem Konzept im Ganzen zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Weber bat darum, dass dem Ausschuss nach Beendigung der Maßnahme aufgelistet werde, was die Schulhofneugestaltung tatsächlich gekostet habe (einschließlich Bauhofkosten).

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte aufgrund von Nachfragen nach den Gesamtkosten, dass es ihm zum Zeitpunkt der Erstellung der Sitzungsvorlage noch nicht möglich gewesen sei, alle Kosten akribisch aufzulisten, da ihm noch nicht alle Detailinformationen vorgelegen hätten.

Ausschussmitglied Haßler lobte das Engagement aller an der Planung Beteiligten.

Bürgermeister Niehues schlug vor, das Konzept zu beschließen und zügig umzusetzen. Er habe sich heute bei der Vorstellung des Konzeptes auf dem Schulhof davon überzeugen können, dass die Schule und der Förderverein ein Konzept erstellt hätten, das hervorragend und kostengünstig sei. Der Schulhof erfahre eine deutliche Aufwertung.

Der Schul- und Bildungsausschuss fassten abschließend folgenden **Beschluss**:

Die Grundkonzeption zur Neugestaltung des Schulhofes der Sebastian-Grundschule Osterwick wird zur Kenntnis genommen. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen der im Haushalt 2008 bei dem Produkt 10/01.015 verfügbaren Finanzmittel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4 Mitteilungen

4.1 Verlegung einer Grundstücksregenentwässerung für die Sebastian-Grundschule Osterwick

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass im Bereich des Gebäudekomplexes der Grundschule Osterwick im vergangenen Jahr verstärkt Undichtigkeiten an dem Außenmauerwerk aufgetreten sind. Besonders betroffen sei die Wand des Kellers, in dem sich der Werkraum befindet. Dieses Problem konnte bisher nicht behoben werden.

Nunmehr sei vorsehen, das vorhandene Regenentwässerungssystem zu sanieren. Es empfehle sich, für das gesamte Gebäude eine neue Regenentwässerung zu verlegen und diese an den vorhandenen Regenwasserschacht, der vor dem Haupteingang des Schulgebäudes vorhanden sei, anzuschließen. Dies hätte den Vorteil, dass das Regenwasser nicht mehr über den Mischwasserkanal der Kläranlage zugeführt werde. Dadurch könne eine Kosteneinsparung in der Abwasserbeseitigung erzielt werden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil führte weiter aus, das zwischenzeitlich eine beschränkte Ausschreibung für die Süd- und Westseite des Gebäudes vorgenommen worden sei. Die Fortführung der Maßnahme sei für das Jahr 2009 vorgesehen.

Im Haushalt seien für diese Maßnahme keine Mittel veranschlagt. Aus diesem Grunde sei für diese Maßnahme in Höhe der Auftragssumme mit einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung in Höhe von etwa 20.000 € zu rechnen. Diese überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung bedürfe der Zustimmung des Gemeinderates. Die Auftragsvergabe und Zustimmung sei als Tagesordnungspunkt für die Ratssitzung am 18. Juni 2008 vorgesehen. Die Submission finde statt am 16. Juni 2008. Das Submissionsergebnis werde den Fraktionen durch eine Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

Auf entsprechenden Hinweis des Ausschussmitgliedes Kreuzfeldt teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass nach Abschluss der Maßnahme das Mauerwerk entfeuchtet werde, damit der Werkraum wieder nutzbar sei. Es sei jedoch zunächst erforderlich, die Ursache zu beseitigen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schenk teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass sich die Verwaltung darüber im Klaren sei, dass bei einer Splittung der Maßnahme auf zwei Haushaltsjahre höhere Kosten, z.B. für die dadurch notwendige doppelte Baustelleneinrichtung, entstehen. Da jedoch kein Geld für diese Maßnahme vorgesehen sei, habe man Prioritäten setzen müssen.

5 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

5.1 Verpflichtende Teilnahme am Mittagessen im Rahmen der Offenen Ganztags- schule - Herr Weber

Auf entsprechende Nachfrage vom Fraktionsvorsitzenden Weber, ob sich die Entscheidung, zukünftig alle Kinder zur Teilnahme am Mittagessen zu verpflichten, bei den Anmeldezahlen auswirke, teilte Bürgermeister Niehues mit, dass in Holtwick bislang 24 Anmeldungen vorlägen. Hier kämen aber sich noch Kinder aus dem zukünftigen 1. Schuljahr hinzu. In Darfeld und Osterwick laufe derzeit noch das Anmeldeverfahren. Der Beschluss des Schul- und Bildungsausschusses finde nicht durchweg die Zustimmung der Eltern, sollte aber so beibehalten werden.

5.2 Bericht der Schulleiter/innen - Herr Mensing

Ausschussmitglied Mensing richtete das Wort an die Schulleiter/in. Er wolle den Schulleitern gerne Gelegenheit geben, über interessante Angelegenheiten aus der Schule zu berichten.

Ausschussvorsitzender Kuhl griff den Vorschlag auf. Er schlug vor, für zukünftige Sitzungen die Tagsordnung um den Punkt ‚Bericht der Schulleiter/innen‘ zu erweitern.

Anschließend erhielten die Schulleiter/innen Gelegenheit, aus ihrer Schule zu berichten.

Rektor Müller wies darauf hin, dass derzeit mit dem Förderverein an der Nikolaus-Grundschule die Kletterspinne in dem Bereich installiert werde, der für das Kleinspielfeld vorgesehen gewesen sei, da das Kleinspielfeld bedauerlicherweise nicht genehmigt worden sei.

Rektor Kahlert dankte der Gemeinde und dem Partnerschaftskomitee für die Unterstützung der Frankreich-Fahrt der Antonius-Grundschule. Für zukünftige Fahrten solle versucht werden, Sponsoren zu finden.
Er teilte den Ausschussmitgliedern darüber hinaus mit, dass eine Mutter aus Havixbeck nach Darfeld ziehe, damit ihre Tochter am gemeinsamen Unterricht an der Antonius-Grundschule teilnehmen könne.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

6.1 Fehlende Beschriftung an der Sebastian-Grundschule - Frau Everding

Frau Everding fragte nach, warum am Gebäude der Sebastian-Grundschule im Gegensatz zu den anderen Schulen noch kein kindgerechter Schulname angebracht sei.

Konrektorin Hahn wies darauf hin, dass zwischenzeitlich ein Logo für die Sebastian-Grundschule entwickelt worden sei. Das vorgestellte Logo ist aus der Anlage (Blatt 1) ersichtlich. Eventuell sei es möglich, dieses Logo auf die Schulwand zu übertragen.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung wurde die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Horst Kuhl
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in